

Engagement des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA im Bereich Cyber

1. Ausgangslage

Im Cyberraum nehmen Spionage, Kriminalität und Sabotage weltweit zu. Desinformation und Propaganda werden den neuen technischen Möglichkeiten angepasst und wieder vermehrt eingesetzt. Da Cyberangriffe vermehrt von Staaten durchgeführt werden, sind Cyberrisiken zu einer zentralen nationalen Bedrohung geworden. Deshalb gewinnt die Cyberthematik auch in der Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik zunehmend an Bedeutung. Die Schweiz muss auch im Cyberraum ihre aussen- und sicherheitspolitischen Interessen wahren.

Gestützt auf die Nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken 2018-2022 wahrt das EDA die Interessen der Schweiz gegenüber anderen Staaten und internationalen Organisationen im Bereich der Cybersicherheit. Das strategische Ziel der Schweiz ist ein freier, offener und sicherer Cyberraum, der auf gegenseitigem Vertrauen und einem gemeinsamen internationalen Regelwerk basiert.

2. Engagement EDA

Das EDA hat auf diese Entwicklungen reagiert und sein Engagement im Bereich Cyber durch die Schaffung des Büros des Sondergesandten für Cyber-Aussen- und -Sicherheitspolitik verstärkt. Das Büro ist verantwortlich für die strategische und operationelle Führung und Gestaltung der schweizerischen Cyber-Aussen- und Sicherheitspolitik. Es strebt hierbei eine kohärente Cyber-Aussensicherheitspolitik an. Es befasst sich mit den Herausforderungen, die sich mit der digitalen Entwicklung für die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik stellen, und setzt sich für einen offenen, freien und sicheren Cyberraum ein, damit Gesellschaft, Wirtschaft und Politik den digital Raum weiterhin uneingeschränkt nutzen können.

3. Ziele der Schweiz

Die Schweiz bedient sich zur Wahrung ihrer Interessen gegenüber Staaten und internationalen Organisationen sowie zur Förderung von Frieden, Stabilität und internationaler Sicherheit verschiedener Instrumente. Sie setzt sich *erstens* für die Anerkennung, Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts im Bereich Cyber-Sicherheit ein und trägt zur Klärung der Frage bei, wie bestehendes Völkerrecht im Cyberraum angewendet wird. Sie vertritt den Grundsatz, dass dieselben Menschenrechte, die offline gelten, auch online anwendbar sind. Sie setzt sich deshalb dafür ein, dass der Schutz der Menschenrechte auch im Rahmen sicherheitspolitischer Interaktionen im Cyberraum gewährleistet ist. *Zweitens* engagiert sich die Schweiz aktiv für die zwischenstaatliche Vertrauensbildung und agiert als Brückenbauerin. *Drittens* unterstützt und entwickelt sie Initiativen zum Ausbau nationaler Fähigkeiten und zum Aufbau von Kapazitäten in Drittstaaten. Bei letzterem soll auch sichergestellt werden, dass möglichst alle interessierten Akteure an den internationalen Diskussionen zur Förderung der Cybersicherheit teilnehmen können. Bei allen Aktivitäten fördert die Schweiz auch Genf als Plattform für den Dialog und für die Lösungsfindung im Bereich Cyber und Digitalisierung.

4. Aktivitäten

Aktive Mitgestaltung und Teilnahme an Prozessen der Cyber-Aussensicherheitspolitik:

Die Schweiz setzt sich im Bereich Cyber-Aussensicherheitspolitik für die Entwicklung eines Regelwerkes zur verantwortungsvollen Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien ein.

- **Engagement UNO:** *UN Group of Governmental Experts on Developments in the Field of Information and Telecommunications in the Context of International Security (UNGGE):* Die UNGGE ist das einzige Gremium, das sich auf UNO-Ebene mit Fragen der Cybersicherheit beschäftigt. Sie hat zum Ziel, die bestehenden und potentiellen Bedrohungen für den internationalen Frieden und Sicherheit aus dem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu untersuchen, um ein „friedliches, sichereres, widerstandsfähiges und offenes IKT-Umfeld“ zu schaffen. Die Schweiz hat in der Session 2016/2017 zum ersten Mal einen Experten in die UNGGE entsendet. Sie setzte sich im Rahmen der Arbeiten der Expertengruppe u.a. dafür ein, dass die Anwendbarkeit des Völkerrechts bekräftigt wird sowie für die Klärung, wie diese völkerrechtlichen Normen im Cyberraum konkret angewendet werden sollen.

- **Engagement OSZE:** Die OSZE-Teilnehmerstaaten haben ein Paket von 16 Massnahmen zur Vertrauensbildung im Bereich Cyber verabschiedet. Es handelt sich um die weltweit erste Vereinbarung dieser Art. Der Massnahmenkatalog reflektiert die Kompromissbereitschaft der teilnehmenden Staaten und deren politischen Willen, Cybersicherheit auf multilateraler Ebene eine wachsende Bedeutung beizumessen. Mithilfe dieser auf Freiwilligkeit basierenden Vereinbarung erklären sich die 57 Länder bereit, Informationen über nationale Institutionen, Bedrohungseinschätzung, Programme und Kooperationsmechanismen auszutauschen. Die Schweiz verfolgt im OSZE-Prozess rund um vertrauensbildende Massnahmen drei Ziele: *Erstens* engagiert sich die Schweiz für die Umsetzung des verabschiedeten Massnahmenkatalogs. *Zweitens* setzt sich die Schweiz für die Entwicklung neuer vertrauensbildender Massnahmen ein. *Drittens* setzt sich die Schweiz für den interregionalen Austausch ein, beispielsweise mit der ASEAN oder der Organisation Amerikanischer Staaten.
- **Geneva Dialogue:** Die Schweiz hat die Initiative «Geneva Dialogue for responsible behavior in cyberspace» lanciert, um die Debatte auf nichtstaatliche Akteure (Unternehmen und Zivilgesellschaft) auszuweiten. Der Dialog zielt darauf ab, die Rollen und Verantwortlichkeiten aller Akteure im Cyberraum zu beleuchten. Hintergrund ist die Blockade in den rein staatlichen Formaten (UNGGE). Gleichzeitig soll durch solche Initiativen der Standort Genf als Dialogplattform im Bereich Cyber gestärkt werden.
- **Geneva Internet Platform:** Die *Geneva Internet Platform* (GIP) wurde 2014 gemeinsam vom EDA und vom Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) gegründet. Die Nichtregierungsorganisation DiploFoundation verwaltet die GIP seit ihrer Gründung. Der Hauptzweck der Plattform ist die Stärkung Genfs als Standort zur Erörterung von Fragen der Internetgouvernanz und der Digitalisierung. Sie umfasst ein *Steering Committee*, dem das EDA, das BAKOM, der Kanton Genf, die Universität Genf und die ETH angehören.
Die GIP ist ein neutrales, für alle offenes Diskussionsforum über Themen der digitalen Welt, sie verfolgt und analysiert die Digitalpolitik und organisiert Online- bzw. Präsenzkurse für Diplomatinen und Diplomaten sowie für Länder, die in Genf über keine ständige Vertretung verfügen. Ausserdem bietet die GIP Regierungen und internationalen Organisationen massgeschneiderte Briefings an.
- **High Level Panel on Digital Cooperation:** UNO-Generalsekretär Antonio Guterres gab am 12. Juli 2018 die Gründung einer hochrangigen Expertengruppe für die digitale Zusammenarbeit bekannt. Die Gruppe besteht aus zwanzig bedeutenden Führungspersönlichkeiten aus Regierungen, Privatwirtschaft, Start-ups, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, darunter auch Bundesrätin Doris Leuthard. Das Gremium nimmt seine Arbeit Ende September 2018 auf und legt im Frühjahr 2019 einen Bericht vor.
Es sollen Möglichkeiten zur Stärkung der digitalen Gouvernanz aufgezeigt und konkrete Empfehlungen zur Zusammenarbeit aller Akteure in der digitalen Welt erarbeitet werden. Der Bericht und die Empfehlungen der Expertengruppe werden den Mitgliedsstaaten bei ihren Konsultationen über einschlägige Themen dienen und sind ein bedeutender Beitrag zur öffentlichen Debatte.

Internationale Kooperation zum Auf- und Ausbau von Kapazitäten: Einerseits nutzt die Schweiz ausländisches Know-how, um nationale Fähigkeiten im Bereich der Risikominimierung aufzubauen. Sie tut dies durch Austausch mit anderen Staaten und Forschungsinstituten. So steht die Schweiz kurz davor, dem Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence in Tallinn beizutreten. Die Schweiz ist ebenfalls Mitglied des Global Forum on Cyber Expertise.

Andererseits unterstützt die Schweiz Projekte und Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten im Bereich Cyber-Sicherheit in anderen Staaten (z.B. Expertenaustausch zum Aufbau von Institutionen und Cyber-Aussensicherheitsstrukturen, Durchführung von Workshops)

Bilaterale politische Konsultationen und multilaterale Dialoge: Die Schweiz führt mit ausgewählten Ländern Konsultationen zu Cyber-Aussensicherheitspolitik durch, insbesondere zur Bedrohungslage und zu Trends. Sie gestaltet multilaterale Dialoge aktiv mit (z.B. Sino-European Cyber-Dialog).